Anträge

Vorlagen Nr.
AN/213/2023

öffentlich

**Antrag der Partei Mensch, Umwelt und Tierschutz vom 20.11.2023
Hier: Werbe- und Auftrittsverbot für Zirkus-Betriebe, die in ihrem Programm Tiere zur Schau stellen**

Beratungsfolge:

Nr.	Gremium	Datum	Zuständigkeit	Status	Beschluss
1.	Ausschuss für Stadtentwicklung, Klima- und Umweltschutz	14.12.2023	Empfehlungsbe schluss	öffentlich	
2.	Verwaltungsausschuss	22.01.2024	Entscheidung	nicht öffentlich	

Sachverhalt:

Der Antragssteller wird gebeten seinen Antrag einzubringen und zu begründen.

Die Verwaltung nimmt wie folgt Stellungnahme:

- a) Die Plakatierung im öffentlichen Straßenraum stellt eine Sondernutzung nach den Bestimmungen des Bundesfernstraßengesetzes und des Nds. Straßengesetzes dar. In der Stadt Wiesmoor gibt es dazu ein Merkblatt, dass diese Nutzung aufzeigt (Dauer, Aufstellorte, Anzahl etc.). Gebühren werden nicht erhoben. Im Grundsatz wird telefonisch, schriftlich oder auch mündlich eine Anfrage zur Plakatierung für Veranstaltungswerbung gestellt. Nicht angezeigte oder kommerzielle Werbung wird nach Aufforderung der Verwaltung vom Veranstalter*in oder wenn keine Reaktion erkennbar, vom städtischen Baubetriebshof abgenommen. Eine Satzung bzw. Richtlinie, in welchem geregelt ist, welche Veranstaltungswerbung plakatiert werden darf, liegt nicht vor.

Für die Zukunft sollte aufgrund einer klareren Regelung eine Satzung auf dem Wege gebracht werden.

- b) Seit dem Jahre 2017/2018 gibt es auf öffentlichen Flächen der Stadt Wiesmoor keine Zirkusaufführungen mehr. Zuvor wurde das Areal der ehemaligen Festhalle an der Marktstraße für Aufführungen in Anspruch genommen. Andere geeignete Flächen standen und stehen nicht zur Verfügung und werden daher nicht angeboten. Wenn ein Zirkus wilde Tiere halten darf, dürfen Kommunen seine Aufführung nicht mit Hinweis auf das Tierschutzgesetz verbieten.

Mit Beschluss vom 12. Januar 2017 (Az. 1 B 7215/16), hat das Verwaltungsgericht Hannover entschieden, dass es einer Kommune nicht gestattet sei, im Rahmen einer Widmung einer öffentlichen Einrichtung ein Wildtierverbot in Zirkussen zu beschließen, da sich eine Widmung ausschließlich auf kommunale Angelegenheiten beziehen dürfe. Ein Wildtierverbot in Zirkussen könne nur vom Bundesgesetzgeber geregelt werden.

Das VG Hannover hat in der Begründung seiner Entscheidung u.a. ausgeführt, dass ein Anspruch auf ermessensfehlerfreie Entscheidung über die begehrte Nutzung einer öffentlichen Einrichtung nach dem einschlägigen Kommunalrecht (hier: § 30 Abs. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz-NKomVG) bestehe, wenn dem keine „bestehenden Vorschriften“ entgegenstünden.

Eine begehrte Nutzung bewege sich im Rahmen der geltenden Vorschriften, denn ein per Ratsbeschluss ergangenes allgemeines Verbot, öffentliche Einrichtungen Zirkussen mit Wildtieren nicht weiter zur Verfügung zu stellen und damit dem Widmungszweck zu beschränken, ist rechtsfehlerhaft. Insbesondere gibt es keine ausreichende Rechtsgrundlage für diese grundrechtseinschränkende Begrenzung der Widmung. Eine satzungs- oder ratsbeschlussmäßige Regelung ist nicht ausreichend. Es fehlt dann an einer formell gesetzlichen Ermächtigung. Im Übrigen darf eine Widmungsbeschränkung nur auf Erwägungen gestützt werden, die kompetenzrechtlich in die Zuständigkeit der Kommune fällt. Ein Wildtierverbot in Zirkussen muss demnach bundesgesetzlich - im Tierschutzgesetz (TierSchG) - geregelt sein.

Das zur Schau stellen von Tieren, ist nach § 11 Abs. 1 Nr. 8d S. 1 TierSchG, erlaubnispflichtig. Auf einen entsprechenden Antrag eines Zirkusunternehmens prüft die zuständige Behörde (hier Landkreis Aurich) unter Beteiligung des beamteten Tierarztes – und erforderlichenfalls weiterer Sachverständiger – die örtlichen Verhältnisse durch Inaugenscheinnahme daraufhin, ob die der Tätigkeit dienenden Räume und Einrichtungen dem § 2 TierSchG entsprechen. Das OVG Lüneburg v. 02.03.2017, Az. 10ME 4/17, entschied, ein Wildtierverbot greife unzulässig in die Freiheit der Berufsausübung von Zirkusunternehmen ein. Ein Verbot wildlebender Tiere in Zirkussen kann nur der Bundesgesetzgeber (bundesrechtlich über dem Tierschutzgesetz) entschieden werden. Es gibt keine bundesrechtlichen Verbotsregelungen für die Haltung und das Zurschaustellung von Wildtieren in Zirkussen.

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) hat Leitlinien für die Haltung, Ausbildung und Nutzung von Tieren in Zirkusbetrieben oder ähnlichen Einrichtungen herausgegeben, die die Länder beim Vollzug der tierschutzgesetzlichen Bestimmungen unterstützen sollen, indem sie die allgemeinen Anforderungen des Tierschutzgesetzes konkretisieren, und Zirkusunternehmen sowie Überwachungsbehörden als Orientierungshilfe dienen.

Beschlussvorschlag:

Zu a: Die Verwaltung schlägt vor, dem Antrag vorerst nicht stattzugeben. Bei einer evtl. neu auferlegten Satzung bzw. Richtlinie sollte die Thematik neu geregelt werden.

Zu b: Aufgrund der vorliegenden Rechtsprechung, ist ein Auftrittsverbot nicht zulässig.

Anlagenverzeichnis:

Antrag der Tierschutzpartei vom 20.11.2023